

# „Keine unternehmerische Vision“

Léon Marx

Die Arbeitnehmer machen weiter Druck auf die Politik und drohen mit dem Ausstieg aus dem solidarischen Finanzierungsmodell der Krankenversicherung.

Bereits seit Monaten hing die Drohung in der Luft, gestern Morgen sprach sie die UEL-Spitze offiziell aus: Die Unternehmer kündigen nicht nur den Sozialdialog auf, sie wollen auch aus dem solidarischen Finanzierungsmodell der Krankenkasse aussteigen. Das sei „zu teuer und zu ineffizient“, klagt Romain Schmit, Direktor der Handwerkserföderation und Vorstandsmitglied des Unternehmerversbands.

Besonders dramatisch sei, dass es keine unternehmerische Vision für das Gesundheitssystem gebe. Die jetzt von Gesundheits- und Sozialminister Mars di Bartolomeo eingebrachte Reform sei bestenfalls „ein Reförmchen“, ein weiterer Versuch, das System zu retten, ohne die offensichtlichen Systemfehler zu beheben.

## Selbstbedienungsladen

Das luxemburgische Gesundheitssystem, das teuerste der gesamten OECD, sei „ein Selbstbedienungsladen für die Dienstleistungserbringer“, sagte er. Die einzelnen Akteure würden überhaupt keine finanzielle Verantwortung übernehmen. Oft seien die finanziellen Kosten einer Behandlung nicht einmal genau bekannt und schon gar nicht vergleichbar. „Die niedrigen Lohnnebenkosten sind der einzige Vorteil, der den luxemburgischen Betrieben noch im internationalen Vergleich bleibt. Wir können



Foto: Isabella Finzi

Die UEL-Spitze: Im Vordergrund Romain Schmit, der gestern wortgewaltig die Patronatsthesen präsentierte

nicht nachgeben“, erklärte Romain Schmit.

„Niemand weiß, was eine bestimmte Operation in einem Krankenhaus X kostet und was die gleiche Operation in einem anderen Haus kostet“, erklärte Jean-Christophe Burkel. Das Problem für die Betriebe seien nicht die 0,2 Prozent Erhöhung der Beiträge (jeweils für den Arbeitgeber und den Arbeitnehmer), die zum 1. Januar 2011 vorgesehen sind, das Problem sei, dass keine strukturelle Reform des Systems vorgenommen werde, meinte Burkel.

Das Gesundheitssystem in Luxemburg sei ein Fass ohne Boden. Dass die Ausgaben jährlich um rund sieben Prozent steigen, sei einfach nicht hinnehmbar. Jedes Jahr kommen rund 200 Mil-

lionen Defizit hinzu, hat die UEL ausgerechnet. Die jetzt geplante Reform werde eine Ersparnis von bestenfalls 150 Millionen pro Jahr bringen. Es sei mithin von Anfang an klar, dass es nur darum gehe, wieder einmal etwas Zeit zu gewinnen, das Problem auf die lange Bank zu schieben.

„Soigner mieux en dépensant moins“, lautet das Konzept, mit dem die UEL das Ruder herumreißen möchte. Neudefinition der Tarife, andere Einkaufswege bei den Medikamenten, Kostenkontrolle in den Spital-Laboratorien und Patientendossiers sind einige der Punkte, die in dem Maßnahmenkatalog aufgelistet werden. Neu klingt das nicht unbedingt. Neu ist allerdings die Konsequenz bei der Umsetzung, die von der UEL gefordert wird. Bis-

lang sei zu viel geredet und zu wenig gehandelt worden, klagt der Patronatsverband. Über sämtlichen Reformplänen stünden noch immer gewisse „chasses gardées“ der öffentlichen Häuser zu schützen, meinte Schmit.

Die UEL hat gestern deutlich gemacht, dass sie in diesem System nicht länger Akteur sein will. Ihr neuester Vorschlag: den Beitrag in der heutigen Höhe von 2,7 Prozent in den Bruttolohn integrieren und den Arbeitnehmer auf dem neuen Bruttolohn einen Beitrag von 5,26 Prozent zahlen lassen. Künftige Beitragsanhebungen wären ganz von dem Arbeitnehmer zu tragen.